

An die neu gewählten  
Bundestagsabgeordneten  
und die Verhandellnden  
des Koalitionsvertrags

Berlin, 20.03.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Moment verhandeln Sie das Koalitionspapier für die nächste Bundesregierung. In Deutschland sind Millionen Menschen von einem problematischen Substanzkonsum und/oder einem problematischen Verhalten betroffen. Die Substanz- oder Verhaltensgebrauchsstörungen sind kein Randphänomen dieser Gesellschaft, sondern führen jährlich zu volkswirtschaftlichen Schäden in Höhe von 150 – 200 Milliarden Euro.

Im Sinne der Betroffenen und im Sinne einer Mitwirkung an der anstehenden Finanzkonsolidierung Deutschlands sehen wir in diesem Kontext erhebliche Handlungsbedarfe:

**1. Drogen- und Suchtpolitik muss ein eigenes Handlungsfeld im anstehenden Koalitionsvertrag sein und Maßnahmen darin konkret beschrieben werden.**

Als Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V. fdr+ sind wir Mitglied in der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) und stützen das veröffentlichte Positionspapier „Suchtpolitische Forderungen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen an eine Regierungskoalition der Bundesrepublik Deutschland 2025-2029“.

Hervorheben wollen wir an dieser Stelle ausdrücklich die Forderung nach der dringend gebotenen Aktualisierung der nationalen Sucht- und Drogenstrategie von 2012 sowie der Errichtung eines Bund-Länder-Koordinationsrates für Suchtfragen angesichts der steigenden gesellschaftlichen Herausforderungen.

**2. Die Aufrechterhaltung des CanG ist zwingender Bestandteil einer humanen, schadenminimierenden Drogenpolitik.**

Die durch das CanG (Cannabisgesetz) eingeleitete Änderung in der Drogenpolitik ist aus den Gesichtspunkten Entkriminalisierung, Gesundheitsschutz für Konsumierende, Entlastung der Justiz, Reduktion des Schwarzmarktes und dem Scheitern der Verbotspolitik zu begrüßen und muss zwingend fortgesetzt werden.

Auch die 2. Säule des CanG sollte zügig umgesetzt werden, da etliche Einzelfallregelungen im bestehenden CanG aufgrund bestehender europarechtlicher Verpflichtungen entstanden sind und damit in ihrer Konsequenz in Bezug auf die inhaltlichen Ziele wie zum Beispiel den Gesundheitsschutz ausbaubedürftig sind.

Die Fortsetzung der Bemühungen zum Abbau europarechtlicher Hürden in Bezug auf eine Legalisierung von Cannabis sind ebenso fortzusetzen wie die wissenschaftliche Beforschung der Modellstadtprojekte mit lizenzierten Verkaufsstellen zu ermöglichen.

**3. Die Erweiterung des NpSG (Neue psychoaktive Substanzen Gesetz) um eine Anlage II, wie bereits fraktionsübergreifend in der letzten Regierungsperiode vereinbart, muss zeitnah im Sinne der Verhinderung eines noch weiter gestiegenen Verbreitungsgrades verschiedener Substanzen wie z.B. Lachgas erfolgen.**

Die Globalisierung der Drogen- und Substanzmärkte wie die Veränderung der Vertriebswege über die digitalen Möglichkeiten konfrontieren die Bevölkerung, hier vor allem junge Erwachsene und Jugendliche, mit diversen Substanzen, die teilweise völlig unreguliert vertriebs- und erwerbsfähig sind. Lachgas (Distoffmonoxid) ist hier nur eine beispielhafte Substanz, die sich jedoch durch eine gestiegenen Verbreitungsgrad hervorhebt. Die einfache Verbreitung, der Zusatz von Geschmacksstoffen und die werbliche Gestaltung von Lachgasflaschen müssen dringend reguliert werden!

**4. Die Einführung eines grundsätzlichen Werbeverbotes für Alkohol- und Tabakprodukte sowie Sportwetten muss verbindlich in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden.**

Wissenschaftliche Studien belegen, dass verhältnispräventive Maßnahmen der Hebel beim Erreichen von gesundheitsorientierten Zielen die Gesamtgesellschaft betreffend sind und dadurch mittelbar hohe Folgekosten vermieden werden können. Trotz des Wissens um die Wirkungsmacht der Maßnahmen werden diese Maßnahmen bei Alkohol, Tabak und Sportwetten nicht stringent angewandt. So ist Deutschland europaweit betrachtet eines der wenigen Länder, in dem die Werbung für solche Produkte weiterhin erlaubt ist, obwohl die Zusammenhänge von Konsumprävalenzen und Werbung wie auch von Konsumanreizen für Jugendliche bekannt sind.

Mit den besten Grüßen,



Eva Egartner  
Geschäftsführerin